Nr. 106. Donnerstag, den 10. Mai 1906. 5. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Viertelj. 1 Mk. 50 Pf., f. Oesterr. 2 Kr 55 h (ohne Bestellgeld). Bei all. ord. Postanstalten u. Zeitungsspedit. Einzelnummer 10 Pf. Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die 4gespalt. Petitzeile oder deren Raum mit 15 ₰, Reklame m. 50 ₰ die Zeile berechn., b. Wiederh. bedeut. Rabatt. Geschäftsstelle, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden. Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher Nr. 1366.

r. Die französischen Kammerwahlen.

Der letzte Sonntag hat für das französische Parlament nur halbe Arbeit gemacht; wie vorauszusehen, kommt es zu vielen Nachwahlen, die am 20. Mai auszufechten sind. Doch steht das Ergebnis im allgemeinen schon heute fest: leider hat der „Block" seine Mehrheit behalten. Unsere Hoffnungen, daß er sich zersplittern werde, haben sich nicht erfüllt, er geht sogar gestärkt aus den Wahlen hervor. Wenn dann Anfang Juni die Deputiertenkammer zusammentritt, wird die Konsequenz dieser Wahlen sehr rasch gezogen werden.

Die Deputiertenkammer bestand seit 1902 aus 590 Abgeordneten, eigentlich sollen es 591 sein, jedoch vernichtete die vulkanische Katastrophe vom Frühjahr 1902 auf Martinique die Ortschaften eines Wahlkreises fast ganz. Jetzt ist dieser Mangel wieder ausgeglichen, so daß 591 Abgeordnete zu wählen waren. Nach dem geltenden Wahlgesetze kommt immer ein Deputierter auf je 70 000 Einwohner, die Kolonien wählen mit, und nach dem Ergebnis der jeweiligen Volkszählung richtet sich die Vermehrung der Kammersitze. Diesmal waren die Resultate der letzten Volkszählung noch nicht festgestellt, so daß die Verschiebungen in der Bevölkerungsziffer der einzelnen Wahlkreise ohne Einfluß auf die Mandatsziffer blieb. Die letzten Wahlen fanden am 27. April und am 12. Mai 1902 statt, die Legislaturperiode dauert vier Jahre. Gewählt wird auf grund des allgemeinen und gleichen direkten Wahlrechts, das aktive Wahlrecht ist an ein Lebensalter von 21, das passive Wahlrecht an ein solches von 25 Jahren gebunden. Vorgeschrieben ist für die Wählbarkeit auch die Ableistung der Militärpflicht. Aktive Militärs sind weder wahlberechtigt, noch wie die meisten Staatsbeamten wählbar. An Kautelen des allgemeinen Wahlrechts, wie sie jetzt auch in Deutschland durch das sogenannte „Klosettgesetz" bestehen, fehlt es noch immer in der Republik Frankreich. In der letzten Session hat man daran herumgedoktert, allein es ist keine Einigung zwischen Kammer und Senat zustande gekommen. Der französische Deputierte erhält ein Jahresgehalt von 9000 Frank und ist auch sonst mit allerhand kleinen Annehmlichkeiten nicht gerade spärlich bedacht.

Bei den letzten Hauptwahlen von 1902 wurden gewählt 242 Ministerielle, nämlich 87 Regierungsrepublikaner, 40 Sozialistische Radikale, 94 Radikale, 21 Sozialisten, die zum Block hielten. Die Antiministeriellen brachten es auf 153 Sitze. 57 Republikaner (Progressisten unter Méline Führung), 30 Nationalisten, 2 intransigente Sozialisten (Guesdisten), 64 Konservative, 171 Stichwahlen wurden erforderlich. Diese ergaben die Wahl von 3 Konservativen, 17 Nationalisten, 16 antiministeriellen Republikanern, 29 Regierungs-Republikanern, 42 Radikalen, 40 sozialistischen Radikalen, 21 Regierungssozialisten und 4 intransigenten Guesdisten. Das Endergebnis waren 373 Ministerielle (111 Regierungs-Republikaner, 129 Radikale, 90 sozialistische Radikale, 43 Sozialisten), gegen 214 Antiministeriellen (50 Konservative, 59 Nationalisten, 99 Republikaner, 6 Guesdisten), die drei „Wilden" zählen kaum mit. Nach den bis Montag abend bekannten Ergebnissen — das Endresultat ist erst nach den Stichwahlen sicher zu bestimmen — ist die Blockmehrheit nicht nur abermals gesichert, sondern noch um eine ganze Anzahl von Sitzen verstärkt aus den Wahlen hervorgegangen.

Der sogleich im ersten Wahlgange für die französische Deputiertenkammer errungene Sieg hat um so größere Bedeutung, als sämtliche Mitglieder des Kabinetts Sarrien-Clémenceau: Minister und Unterstaatssekretär, die zur Wahl standen, bereits erfolgreich aus dem Kampfe hervorgegangen sind. Die Sozialistenführer Jaurès, Millerand und Sembat sind bereits alle gewählt. Die früheren Kammerpräsidenten Deschanel und Doumer sind wiedergewählt. Der Schönredner Deschanel, der sich für eine leitende Stellung berufen fühlte, hat inzwischen längst einen großen Teil seines Anhanges in den parlamentarischen Kreisen eingebüßt. Doumer, der bei der letzten Wahl des Präsidenten der Republik weit hinter Fallières zurückstehen mußte, wird nun sicherlich wieder versuchen, zum Kammerpräsidenten ernannt zu werden. Innerhalb des verstärkten „Block" wird Doumer jedoch mit zahlreichen Antipathien rechnen müssen. Jedenfalls wird diese Präsidentenwahl der erste Prüfstein für die neue republikanische Mehrheit sein. Bemerkenswert ist auch, daß der linksstehende Republikaner Abbé Lemire wiedergewählt ist. Als es hieß, daß vom Vatikan aus die Losung erteilt werden sollte, der Klerus möchte sich nicht passiv an den Wahlen beteiligen, wurde diese Angabe hinsichtlich des sozialpolitischen Kandidaten Abbé Lemire sogleich richtiggestellt. Andererseits kann die bonapartistische Parteigruppe des „appel au peuple" mit dem bisher vorliegenden Ausfalle der Wahlen durchaus nicht zufrieden sein. So ist Cassagnac unterlegen, der bereits die dritte Generation dieser imperialistischen Familie repräsentiert. Garnier und Paul de Cassagnac leben nur noch in der Erinnerung ihrer Parteifreunde fort, und trotz der „Berufung an das Volk" vermag der neue Kandidat dieses Namens, dessen Adelsprädikat nicht minder problematisch ist, keineswegs durchzudringen. Die Minderheit ist aber unter sich noch ebenso uneinig wie früher.

Nun muß der „Block" an die positive Arbeit gehen. Von allem, was sich einstens Combes und sein Genosse als Ziel steckten, ist nur zur Durchführung gebracht die Auflösung des Konkordats und die Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Die soziale Gesetzgebung blieb Stückwerk, da der kirchenpolitische Kampf das ganze Interesse und die größte Arbeitskraft des Parlaments beanspruchte. Die von der Deputiertenkammer nach langen Debatten angenommene Altersversorgungsvorlage für Arbeiter hat kaum Aussicht auf Annahme im Senat. Ein wichtiger Programmpunkt des Block-Ministeriums, auf den Radikale und Sozialisten so großes Gewicht legen, die Einkommensteuer, ist in den ersten Anfängen stecken geblieben.

Kann der Block diese Arbeiten leisten? Wir möchten es bezweifeln. Die Sozialdemokraten haben schon in der letzten Zeit wiederholt versagt. Die Einigung der Sozialisten war nur mit Ach und Krach zustande gekommen, um den Preis, daß die Jaurèsisten versprechen mußten, möglichst weit von der Regierung abzurücken und die Ziele des „reinen" Sozialismus stärker als bisher zu betonen. So war denn der sozialdemokratische Wahlaufruf mit seinem flammenden Protest gegen die Unterbringung der russischen Anleihe in Frankreich darauf berechnet, der Regierung Schwierigkeiten auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu machen, und in der inneren Politik wurde ein Ton eingeschlagen, der dem radikalen Kabinett nichts gutes von den bisherigen Bundesgenossen verhieß. Das Abrücken der radikaleren Elemente wurde immer unverkennbarer. Die Stagnation der sozialen Gesetzgebung, die Arbeiterbewegung der letzten Monate haben das ihrige getan, um Agitationsstoff gegen das Kabinett zu liefern. Frankreich war nie so zerrissen von wirtschaftlichen Kämpfen wie in der Zeit vor und während der Wahlen, ein Streik jagt förmlich den anderen. Auch in den Kreisen der mittleren und kleinen Beamten, die vielfach zur Sozialistenfahne schwuren, herrscht eine gewaltige Gährung, wie sie in dem Streik der Pariser Briefträger bereits offen zum Ausdruck gekommen war. Die Arbeiter verlangen gesetzliche Festlegung des allgemeinen Achtstundentages, die Beamten wollen ein unbeschränktes Koalitionsrecht mit dem Recht auf Streik ertrotzen. Schließlich ist ein Teil der Sozialisten auch noch stramm antimilitärisch gesinnt und betreibt eine gefährliche Agitation, deren Produkt man schon in einem sozialdemokratischen Leutnant erkennen konnte, der unter dem Jubel der „Genossen" in der Pariser Arbeiterbörse eine Ansprache hielt. Die Krawalle vom 1. Mai und die fortgesetzten Streikunruhen zeigen, wie der sozialdemokratische Hase in Frankreich läuft. Die Genossen verlangen nun den Preis ihrer Kulturkämpfe. Jetzt muß vom Block in bar ausgezahlt werden; Wechsel honoriert die Sozialdemokratie nicht mehr. Was aber tut das liberale Ministerium? Clémenceau klagt über die Agitation der sozialistischen Brüder, und Minister Briand ist von den „Unentwegten" in die Acht erklärt worden, weil er in ein „Bourgeoisministerium" eintrat, das den russischen Revolutionären in den Rücken fiel. Das Kabinett Sarrien hat demnach keineswegs die besten Aussichten auf langen Bestand, selbst wenn die Stichwahlen die aus so heterogenen Bestandteilen zusammengesetzte Blockmehrheit noch verstärken. Freilich wird dann das Kabinett kaum merklich nach rechts gehen; es sei denn, die Radikalen gehen einen Bund mit den Neupublikanern ein, um sich gegen die sozialdemokratischen Ansprüche auf ihren Geldbeutel zu stützen.

Die französische Politik nimmt einen eigenartigen Lauf. Erst schafft sie den Religionsunterricht in den Schulen ab, dann wird die Religion aus den öffentlichen Leben entfernt, dann arbeiten Freimaurer und Sozialdemokraten künftig nebeneinander! Nun erklären aber letztere: Gibt es keinen Gott, dann auch weg mit dem Privileg des Kapitals; dann wollen wir unser Paradies auf dieser Welt haben. Und so werden sich die kirchenfeindlichen Elemente gar bald sehr heftig um den Geldbeutel zanken. Setzt man den Schöpfer vom Herrscherthron in blindem Unverstand ab, so entsteht der Tanz um das goldene Kalb! Es ist nicht das erste Mal in der Weltgeschichte, daß sich diese Erscheinung wiederholt.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 97. Sitzung am 8. Mai 1906.

Präsident Graf Ballestrem teilt den Dank des italienischen Botschafters und des Parlaments für die Anteilnahme des Reichstages am Unglück beim Vesuvausbruch mit. Auf der Tagesordnung stehen die Steuergesetze. Zunächst findet die namentliche Abstimmung über das Zigarettensteuergesetz statt; dieses wird mit 179 gegen 112 Stimmen mit 3 Enthaltungen angenommen. Es folgt das Gesetz betreffend Besteuerung der Personenfahrkarten. Der gemeinschaftliche Antrag des Zentrums, der Konservativen und Nationalliberalen den wir in der Pol. Rundschau veröffentlichen, kommt zur Debatte. — Abgeordneter Büsing (natl.): Der Abg. Gothein hat gestern in wenig vornehmer Form (Oho! Sehr richtig!) die Arbeiten der Steuerkommission bekämpft. Das ist sehr leicht. Steuern zahlt niemand gern. (Sehr richtig!) Es ist ja leichter, die Steuern zu bekämpfen, als das anzunehmen, was das Reich notwendig braucht. Den Fixstempel der Regierung haben wir abgelehnt und dann Zuschläge nach den kilometrischen Entfernungen bestimmt. Die unterste Klasse soll frei bleiben. Gegen diesen Vorschlag erhoben sich große betriebstechnische Bedenken: wir suchten diesen Rechnung zu tragen und haben nun den neuen Antrag eingebracht, der auch den Eisenbahnverwaltungen besser zusagt. Der Zuschlag ist im wesentlichen derselbe, wie im Kommissionsantrag. England und Frankreich haben schon die Fahrkartensteuer eingeführt. Dann können auch wir ruhig die Steuer annehmen. (Beifall.) — Abg. Gamp (Rpt.): Wir stimmen geschlossen für diese Steuer. Der Personenverkehr kann ruhig eine Steuer tragen. — Ein Geheimrat teilt mit, daß tunlichst

A. K. Muttergottes-Gedanken.

Marien-Maiandacht, welch trautes, liebliches Wort für Katholiken, eine seelische Anregung selbst für solche, die sonst nicht gewöhnt sind, ihre religiösen Pflichten treu und pünktlich zu erfüllen! Und für Protestanten? — ein Anlaß zum mitleidigen, oft spöttischen Lächeln ob der Einfalt, der Rückständigkeit, welche in diesem Worte liegt. Dennoch bezeichnen sich beide als Christen, wie weit gehen ihre Wege auseinander, welcher von beiden führt mit größerer Sicherheit zum wahren Christentum und damit zur Vereinigung mit Gott in der Ewigkeit? Welch dichte Wolke von Verkennung, Mißverständnissen und Vorurteilen hält sie getrennt! Wie erdrückend groß ist die Verantwortung jener, welche dieselbe hervorgerufen und zu halten suchen, statt sie zu zerstreuen!

Ein wesentlicher Grund der größeren Entfremdung, sagte der protestantische Professor Hauck in einem Vortrage zu Leipzig, ist außer dem Prinzipiengegensatze der Umstand, daß „der Katholizismus immer mehr Madonnen- und Herz-Jesu-Kult geworden ist — in der Anbetung Gottes im Geist und in der Wahrheit scheiden sich die Geister." Und in einer am 14. Januar dieses Jahres in der Lutherkirche zu Dresden gehaltenen Predigt sagte Pastor Dr. Kühn: „Maria ragt für den Katholiken hoch über ihn, den sie geboren, hoch über Christus. Sie ist die Herrin, die Madonna, die Himmelskönigin. Sie öffnet die Pforten des ewigen Reiches. Sie ist die unschuldig Geborene, Fleckenreine, Allerseligste, Göttlichste, sie ist selber Gott, eine Göttin. Freunde ist das nicht Frevel? Christus wird vor ihrer Größe immer kleiner, vor ihrem Glanze immer dunkler, vor ihrer Macht immer schwächer, vor ihrer Sanftmut immer härter. So wird die Gnadenreiche erhoben auf Kosten des Erlösers! Maria steht an der Spitze der katholischen Kirche, diese ist Marientum und kein Christentum. Die einzige Marmorgestalt Christi in der Peterskirche zu Rom, nämlich der tote Christus auf dem Schoße der Maria — das ist das Bild der heutigen römischen Kirche!"

Hier haben wir die finstere Wolke der Verkennung und Vorurteile in ihrer schwärzesten Gestalt, können wir uns über den Wahn des nicht tiefer denkenden protestantischen Volkes noch wundern?

Ja, in der Tat, der Gedanke, den Mai, den Monat des in der Natur neu aufsprossenden Lebens, der Gottesmutter zu weihen, ihr zu Ehren täglich in diesem Monat besondere Andachten zu halten auf dem ganzen katholischen Erdkreis, dieser Gedanke hat erst seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts allgemein Leben und Gestalt gewonnen, während er vorher nur still in manchen Gegenden und Ordensniederlassungen gepflegt wurde. Woher kommt das? Stand Maria, die Gottesmutter, früher in der katholischen Kirche in weniger hohem Ansehen? Weit gefehlt — Luther sogar könnte als Zeuge durch manche seiner Aussprüche dafür angeführt werden, daß in den vergangenen Jahrhunderten genau derselbe Glaube in der Christenheit über die Herrlichkeit Marias herrschte wie heute. Eine Antwort auf obige Frage gab indirekt nach seiner Weise ein Redner auf einer Berliner landeskirchlichen Versammlung im vorigen Jahre, indem er sagte: „Wenn die Katholiken der Jungfrau Maria die Krone der Himmelskönigin aufsetzen, so ist das schlimm; aber wenn Protestanten dem Heiland die Krone der Göttlichkeit rauben, so ist das viel schlimmer." Die im vorigen Jahrhundert begonnene radikale Fortentwickelung des Protestantismus, welche ja eine naturnotwendige Folge seines irrigen Prinzipes ist, hat dazu geführt, die bekannte Lehre über den Ursprung der Gottesmutter Maria 1854 als Dogma zu verkünden und ihre Verherrlichung in den Herzen der Christenheit durch die Maiandachten zu vertiefen und weiter zu verbreiten, um so einen neuen Pfeiler für die gläubige Anerkennung der Hauptlehre des Christentumes, nämlich der Gottheit Christi, zu errichten, da mit dem Bekenntnis oder der Verwerfung derselben der Vorzug des Christentumes vor den übrigen Religionen und seine Bedeutung nicht nur für die Ewigkeit, sondern auch für das Kulturleben der Völker in den künftigen Jahrhunderten steht oder fällt. Denn selbstverständlich hat die Verehrung Mariä nur einen Sinn, wenn Christus göttlichen Wesens ist, wenn dieser, ohne zu betrügen, machtvoll sagen konnte: Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben — wer mich sieht, sieht auch den Vater — Ich und der Vater sind Eins. In welcher Weise nun Maria nach dem Willen Gottes an der irdischen Laufbahn und der Erlösertätigkeit ihres göttlichen Sohnes teilgenommen, wie sie von Gott begnadet ihre Heldenaufgabe durchgeführt und so, nach übernatürlicher Auffassung der heiligen Schrift zur Königin der Heiligen oder des Himmels emporgestiegen ist, haben wir im vorigen Jahre in Nr. 80 dieses Blattes betrachtet.

Haben wir sie damit an die Stelle Christi gesetzt? Nur wer in kleinlichem Gesichtskreis oder mit rein realistischer Auffassung, d. h. nicht von dem Gesichtspunkte göttlicher Offenbarung heraus, die entsprechenden Stellen der Bibel betrachtet, wird das behaupten.

Freilich, wer, wie der obengenannte Pastor Dr. Kühn von der Lutherkirche aus der Bibel herausliest, daß „Maria den Sohn der Ewigkeit oft nicht verstanden — seine göttliche Würde nicht erkannt, seine Hoheit nicht begriffen, seinen Beruf nicht erfaßt habe — und daß dies die größte Tragik seines Heilandslebens gewesen sei," der wird ein auch nur entferntes Verständnis für die mystische, übernatürliche Bedeutung der Berichte des Evangeliums kaum erlangen, und wenn man die erhabenen Worte dagegen hält, mit welchen Maria vom Engel Gabriel

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19060510/1